

Institut für Radikalisierungsforschung  
beim Bildungskollektiv Biko (Hg.)

# **Radikalisiert euch!**

**Beiträge zu radikaler Theorie und Praxis**

UNRAST

## Radikalisiert euch!

»Radikalisiert euch!« war Titel einer Tagung und einer Veranstaltungsreihe des *Instituts für Radikalisierungsforschung beim Bildungskollektiv Biko* zur Notwendigkeit linksradikaler Kritik und der Bedeutung von Radikalität – der linker Bewegungen und Kämpfe sowie der eigenen.

Unser Interesse am Thema stand und steht dem, was in der breiten Öffentlichkeit als Radikalität oder (pädagogisierend und prozesshaft betrachtet) als Radikalisierung verhandelt wird, diametral entgegen. Aus dieser Perspektive der breiten Öffentlichkeit werden, wie in der Extremismustheorie, durch das Analogsetzen verschiedener Radikalismen linke, emanzipatorische Bestrebungen mit der menschenverachtenden Ideologie und Praxis von Nazis gleichgesetzt. Die Zustimmung zu menschenverachtenden Aussagen innerhalb der Mehrheitsgesellschaft wird ebenso ausgeblendet wie bestehende Ungleichheiten innerhalb von Gesellschaft und die Gewaltförmigkeit des Staates. Dass im Zuge von Deradikalisierungsprogrammen emanzipatorische Kämpfe sowie Bestrebungen, die bestehende Einrichtung der Gesellschaft zu überwinden, delegitimiert werden, ist oft gewollt oder wird zumindest in Kauf genommen. Denn Radikalität wird hier als Bedrohung eines guten Zusammenlebens gesehen. Wir zielen mit diesem Sammelband darauf, das Gegenteil zu zeigen: Radikalität ist nötig, um ein gutes Leben für alle überhaupt erst möglich zu machen.

Radikalität bedeutet, eine Kritik der bestehenden Verhältnisse zu leisten, die sich nicht nur an der Oberfläche abarbeitet, sondern nach Ursachen für bestehendes Leid und Unglück sucht; und eine Praxis zu verfolgen, die auf die Beseitigung dieser Ursachen ausgerichtet ist. Deswegen sagen wir: »Radikalisiert euch!« – im Alltag, im Aktivismus, im Ringen um eine radikale Kritik, die praktisch werden muss, im Beharren auf dem Verlangen nach einem ganz anderen Ganzen, in der Abgrenzung zum Bestehenden mit dem Ziel seiner Überwindung. Dazu einen Betrag zu leisten, ist das Anliegen dieses Sammelbandes.

Die hier abgedruckten Texte sind zum Teil aus Beiträgen der genannten Veranstaltungen oder als Reflexionen darauf entstanden. Sie haben unter-

schiedliche Schwerpunkte, Zugänge und theoretische Rahmungen. Das führt dazu, dass hier unterschiedliche Textsorten versammelt sind, die sich an manchen Stellen auch in ihren Inhalten widersprechen. Im besten Fall ergänzen sie sich gegenseitig darin, eine Kritik der Deradikalisierung zu leisten, radikale Kritik und Praxis zu reflektieren und zu befördern sowie den Begriff von Radikalität zu schärfen.

## Radikalität und Radikalisierung

Im ersten Teil wird eine inhaltliche Bestimmung des Begriffs Radikalität vorgenommen. Herausgestellt wird, warum und wie sich – historisch, kapitalismuskritisch, gesellschaftspolitisch und gleichzeitig als Ausdruck von Subjektivität sowie ästhetisch und praktisch – Radikalität formuliert.

Vorangestellt sind 13 Thesen zu Radikalität. Die Thesen sind Ausdruck der im Laufe des letzten Jahres geführten Diskussionen des *Instituts für Radikalisierungsforschung beim Bildungskollektiv Biko*, die die Entstehung des Sammelbandes begleiteten. Sie sollen einen Begriff von Radikalität schärfen und die anderen im Sammelband veröffentlichten Beiträge rahmen. Ebenso sind sie als Anstoß und Beitrag zu einer Diskussion um Radikalität zu verstehen. Grundlage der Thesen ist ein materialistisches Verständnis von Gesellschaft. In ihnen wird die Notwendigkeit radikaler Theorie und Praxis aufgezeigt, die darauf zielt, die (Re-)Produktionsverhältnisse des gesellschaftlichen und politischen Lebens in den Blick zu nehmen, als Ursache für Leid zu kritisieren und zu überwinden. Darauf aufbauend widmen sich die Thesen der Frage, welcher Mittel und Strategien es dafür bedarf. Dabei ist Radikalität Ausdruck von radikaler Subjektivität einerseits und prägt andererseits das Denken der Subjekte. Sie verharrt nicht in Subjektivität, sondern zielt auf die Überwindung der bestehenden Gesellschaftsordnung und darauf, sich zu verallgemeinern. Die Widersprüche, die in den Thesen zum Ausdruck kommen, sind auch darauf zurückzuführen, dass in ihnen unterschiedliche Perspektiven der Autor\*innen verhandelt werden. Sie sind aber ebenso Ausdruck der gesellschaftlichen Widersprüche, in denen wir uns bewegen und die derzeit eine Grenze für radikales, diese Widersprüche aufhebendes, Denken und Handeln darstellen.

Während sich die Thesen also daran abarbeiten, wie Radikalität aktuell zu fassen wäre, zeigt *Felix Klopotek* durch Rekurs auf ein verdrängtes Erbe des Linksradikalismus, wie sich dieses tradiert hat und in anderer Form wie-

derkehrt: In der Tradition Lenins, Praxis als die Konsequenz wahrer Theorie gepaart mit dem aus seiner Notwendigkeit begründeten unbedingten Willen zur Aktion zu verstehen, wird Linksradikalismus zu einer Frage der Haltung, ihre Theorie zu einer Anleitung zur Praxis bzw. richtigen Technik. Statt Theorie als eine Reflexion gesellschaftlicher Praxis zu verstehen und darauf rückzubeziehen, verkommt sie zum Gegenteil, wird hypostasiert, Metaphysik. Die Theorie-Praxis-Einheit verlagert sich ins Feld des Geistes, oder aktuell und spezifischer: wird eine Frage von Sprachpolitik, die in letzter Instanz der Praxis entzogen bleibt. Der Text will zu einem Nachvollzug der Genese des Linksradikalismus anregen, um »den Blick dafür zu öffnen, wie sich angemessener über Radikalität reden ließe«.

Dass die Art, in der man heute in der Öffentlichkeit von Radikalisierung bzw. von Autoritarismus als vermeintlichem Ausdruck derselben redet, nicht traditionsvergessen ist, wohl aber über ihre Ursachen hinwegtäuscht, zeigt *Ernst Lohoff*. Zu Unrecht begreife man Autoritarismus als Gegensatz zu Demokratie. Vielmehr hat die Demokratie eine ökonomische Grundlage, die den Autoritarismus aus sich selbst hervorbringt. Der Text stellt aus Perspektive der Wertkritik einen Zusammenhang zwischen Demokratie und Kapitalismus her und weist die falsche Abgrenzung von Autoritarismus und Demokratie zurück. Gezeigt wird, dass die liberale Demokratie ihre Grundlage in der zentralen Stellung der Arbeitskraft im Gesamtproduktionsprozess hat. Im Finanzkapitalismus verliert die Arbeitskraft eben diese zentrale Stellung und mit ihr der weiße Arbeitsmann. Als Folge des Verlustes des Vorteils innerhalb des Konkurrenzverhältnisses im Kapitalismus beginnt er, sich autoritär gegen die liberale Demokratie zu richten. Schlussfolgern ließe sich, dass, wem es um die Prävention menschenverachtender Einstellungen und Praxen geht, es um eine grundlegende Veränderung unserer (Re-)Produktionsverhältnisse und politischen Formen des Zusammenlebens gehen müsste, statt durch Deradikalisierungsprogramme eben das Gegenteil zu leisten.

Dem bereits bei Felix Klopotek beschriebenen Problem, dass die Einheit von Theorie und Praxis der Praxis (doppelt) entrückt ist, wo sie ins Feld des Geistes verlagert wird, gehen wir am Beispiel von Kunst im Interview mit *Lukas Holfeld* weiter nach. Er vertritt die These, dass Kunst für das Bürgertum zur imaginären Ersatzsphäre wurde, in der sie als halb-revolutionäre Klasse alle Widersprüche und subjektiven Verheerungen bearbeiten konnte, zu deren Lösung sie in der Realität nicht in der Lage ist. Eine radikale

Ästhetik hätte daher das Problem der Revolution in den Mittelpunkt zu rücken. Das muss nicht unbedingt politische Kunst oder AgitProp heißen, im Gegenteil: Holfeld fordert eine Reflexion auf die (künstlerische oder im weiteren Sinne ästhetische) Form, die ihm in der radikalen Linken zu oft fehlt.

Abschließend sind im ersten Teil des Sammelbandes fünf Liedtexte von *Katze und Fliege* abgedruckt. Sie sind ein Beispiel künstlerischen Ausdrucks subjektiver Radikalität. Die Lieder (und Texte) wurden verfasst in Vorbereitung auf den musikalischen Abschluss der Tagung »Radikalisiert euch« 2021 in Erfurt. Sie sprechen aus der Lebenswelt ostdeutscher Linksradikaler und greifen verschiedene Fragen auf, die auch im Band verhandelt werden. Es geht um die eigene Wirkungslosigkeit, die Frage, was Radikalität denn nun heißen soll, das Leiden der Subjekte und die falsche Gegenüberstellung von Momenten von Lust und Freude im Hier und Jetzt und radikaler Subjektivität: »Ihr wollt nur die Wurzel. Ich will den Kern – Nagt ihr nur an der Wurzel. Ich ess' die Beeren.«

## **Deradikalisierung als Neuauflage der Extremismuskritik**

Während im ersten Teil die meisten Texte die herrschenden Verhältnisse (nicht zuletzt die aktuelle Form politischer Willensbildung, die parlamentarische Demokratie) aus einer radikalen Position heraus kritisieren, zeigen die Texte im zweiten Teil, wie Deradikalisierung und Extremismusprävention in aktuellen politischen Auseinandersetzungen darauf zielen, autoritäre Verschiebungen im Rahmen des Bestehenden zu bewirken – und wie eine Reaktion auf diesen autoritären Trend aussehen könnte. Wir sehen diese beiden Blickwinkel als Ergänzung: Auch, wenn unser Ziel die Aufhebung aller Verhältnisse ist, in denen Menschen ausgebeutet und unterdrückt leben, sind immanente Kritik und damit verbundene Kämpfe bedeutsam. Sie schaffen oder erhalten die Grundlage für weitergehende Anstrengungen. Es geht hier zum einen darum, erkämpfte Möglichkeitsräume (man könnte sie auch Errungenschaften nennen) zu verteidigen, zum anderen um die Frage, wie sich die Bedingungen der Möglichkeit weitgehenderer Veränderungen verbessern lassen. Entsprechend ist der bürgerliche Staat – im ersten Teil Gegenstand der Kritik – hier eher Ausgangspunkt einer Kritik an (autoritären, illiberalen) Diskursen und Konzepten von Extremismusprävention und Deradikalisierung in drei

konkreten Themenfeldern: juristischer Diskurs, politische Bildung und Soziale Arbeit.

*Sarah Schulz* unternimmt eine rechtshistorische Einordnung des Begriffs ›wehrhafte Demokratie‹, der regelmäßig auch von (links)liberaler Seite genutzt wird, um zu begründen, wieso es angemessen sei, gegen Radikale vorzugehen. Der Begriff wurde von nationalkonservativen Juristen mit NS-Vergangenheit in den 1950er-Jahren der BRD als Konzept entworfen – was zu der paradoxen Situation führt, dass ein Konzept, das vordergründig (oder: angeblich) dazu dienen soll, die Demokratie zu schützen, auf Gegner der Demokratie zurückgeht. Von den Verfechter\*innen des Konzepts wird dieses Paradox durch eine spezifische Deutung der Weimarer Republik gelöst: Diese sei nicht an *zu wenig* Demokratie eines noch monarchistisch geprägten Staatsapparats gescheitert, sondern an *zu viel* Demokratie, zu vielen Parteien, zu vielen offenen Fragen, zu viel Debatte im Parlament. So erschließt sich eine Logik, der zufolge ein Staat illegitimes Handeln auch dann einschränken und bekämpfen muss, wenn es nicht gegen Gesetze verstößt: die Gegner\*innen des Status quo müssen unterdrückt werden, um demokratische Prozesse möglich zu machen. Begründet wird dies mit einem Rechtsverständnis, demzufolge es überrechtliche Grundsätze (Gott oder die Moral) gäbe, die schon vor dem Gesetz Geltung hätten – womit sich begründen lässt, »politische Freiheitsrechte und formale Gleichheit für alle durch den Verweis auf Höherwertiges« einzuschränken<sup>1</sup>. Da sich das Höherwertige juristisch nicht bestimmen lässt, übernehmen hier andere Instanzen. Der Verfassungsschutz bestimmt in der wehrhaften Demokratie, welche Ziele und Motivationen legitim sind. Radikale Motivationen und Ziele können somit staatlicherseits angegriffen werden, schon bevor es zu konkret strafbaren Handlungen gekommen ist – ein Zusammenhang, der auch im folgenden Text für das Feld der politischen Bildung diskutiert wird.

Deradikalisierung als Strategie ist als Reaktion auf Islamismus entstanden und wird derzeit auf andere als problematisch verstandene Orientierun-

---

1 Der positive Bezugspunkt – »rechtsstaatliche Gleichheit für alle und selbstwirksame Teilhabe an politischen Prozessen« – ist sicherlich einer, der gegen die formale Ungleichheit der illiberalen Tradition, die Schulz kritisiert, in Stellung gebracht werden kann. In Anschluss an den Text von Ernst Lohoff zur Kritik der Demokratie ließe sich durchaus auch fragen, ob die politische Gleichheit der formal (doppelt) freien Lohnarbeiter\*innen nicht die passende politische Vermittlung zum Kapitalismus ist, die im Rahmen von Nation Building und ursprünglicher Akkumulation gewaltsam durchgesetzt wurde.

gen ausgedehnt (rechts, links, das Leugnen von Corona). Der politischen Bildung wird, so *Julika Bürgin*, zunehmend die Aufgabe zugeschoben, präventiv die Prozesse zu stoppen, in denen Extremismus entsteht. Radikalität funktioniert in diesem Feld durchweg als Fremdbezeichnung und Delegitimierung: Radikal ist, was illegitim ist, und umgekehrt. Entsprechend bleibt (wie bei der zugrundeliegenden Extremismuskonzeption) unklar, was die verschiedenen Radikalismen miteinander verbindet. Ideologien der Ungleichheit (Rassismus, Antisemitismus, etc.) bleiben unverstanden, im Kern geht es darum, eine Gefahr für die herrschende Ordnung zurückzuweisen. Dadurch werden soziale Konflikte stillgestellt, Menschenfeindlichkeit wird als ordnungspolitisches Problem verhandelt und nicht-staatstragende Positionen werden delegitimiert. Diese Zielbestimmung hat weitreichende Folgen für pädagogische Konzepte, weil somit an die Stelle prinzipiell ergebnisoffener und welterschließender Bildung eine tendenziell überwältigende Demokratieerziehung tritt. Diese Art der Demokratieerziehung soll verhindern, dass Radikalität, welche Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse in den Blick nimmt und darauf zielt, sie zu überwinden, Ziel und Inhalt von (Selbst-)Bildungsprozessen sein kann.

Die Frage, welche Bedeutung Radikalität für sozialen Wandel in gesellschaftlichen Teilbereichen haben kann, diskutiert *Michel Raab* im folgenden Text am Beispiel der Sozialen Arbeit. Sozialarbeiter\*innen bewegen sich immer in Widersprüchen: Zum einen haben sie die Aufgabe, soziale Ordnung herzustellen, indem abweichendes Verhalten kontrolliert und sozial erwünschtes gefördert wird. Zum anderen geht es darum, Selbstbestimmung zu ermöglichen. In Deutschland hat sich dieses Doppelmandat von Hilfe und Kontrolle in mehreren Zyklen als Kompromiss zwischen verschiedenen Interessengruppen herausgebildet: zwischen >Klassenkampf und Sozialreform< in den 1920er-Jahren, zwischen >Autonomie und Integration< im Nachgang der 1968er-Revolution, zwischen >Nutzer\*innenorientierung und Verwaltung< heute. Der Text zeigt, dass die fortschrittlichsten Aspekte Sozialer Arbeit (Empowerment, Parteilichkeit, Partizipation, Selbstorganisation) in der Vergangenheit von radikalen sozialen Bewegungen eingefordert und z.T. erkämpft wurden. Dadurch wird deutlich, dass Radikalität auch da, wo sie ihre Ziele nicht durchsetzen kann, wichtig ist, um sozialen Wandel zu befördern. Bei Sozialer Arbeit im Auftrag von Deradikalisierungsprogrammen wird dem entgegen nur noch eine Hälfte des Doppelmandats (die Kontrolle) ausgeübt. Der Text endet

mit der Forderung an linke Sozialarbeiter\*innen, auch in Zeiten schwacher sozialer Bewegungen in beruflichen Konflikten nicht zynisch zu werden, sondern in den Institutionen Sozialer Arbeit Möglichkeitsräume für Emanzipation zu finden und zu erweitern – was natürlich bedeutet, den Deradikalisierungsauftrag zurückzuweisen und radikaleren Akteur\*innen nicht in den Rücken zu fallen. Dass starke soziale Bewegungen u.U. gar keine Soziale Arbeit brauchen, weil ihnen andere Formen, ihre Anliegen zu vertreten, offenstehen, bleibt unbeleuchtet. Eben darum geht es im dritten Teil.

## Radikalität in Bewegungen

In den Thesen zu Beginn des Sammelbands kritisieren wir eine »halbierte Radikalität«, die sich nur in der Theorie manifestiert. Im dritten Teil des Bandes geht es um die Frage, wie Radikalität in Bewegungen funktionieren kann. Vor dem Hintergrund des widersprüchlichen Verhältnisses von Theorie und Praxis verhandelt Maria Neuhaus in ihrem Text, wie der Anspruch, dass es ums Ganze geht, in konkreten Kämpfen Ausdruck finden sollte. Die Texte von Melanie Hochstedt und Hanna Poddig sind direkte Reflexionen radikaler politischer Praxis. Sie haben gemein, dass sich für sie Radikalität weniger an der Anzahl von Rauchtöpfen und martialischen Parolen auf der Demo bemisst als an den vertretenen politischen Inhalten, an der unversöhnlichen Opposition zum kapitalistischen Nationalstaat und dem bewussten Übertreten und Umgehen von Gesetzen, wo sie der Unterdrückung von Menschen dienen. Rosa und Dino beschäftigen sich daraufhin mit den Folgen der Übertretung von Gesetzen und zeigen, dass hier Radikalität eine klare solidarische Haltung begründet.

*Maria Neuhaus* hält in ihrem Text fest, dass sich im Verlauf der letzten Jahrzehnte die Situation von Frauen in unserer Gesellschaft erheblich verbessert hat. Doch trotz der Erfolge auf rechtlicher Ebene und den mit Zugang zu Berufstätigkeit verbundenen Verbesserungen gibt es ein Fortbestehen ökonomischer Benachteiligung von Frauen. Dass Frauen neben Berufstätigkeit weiterhin vorwiegend für Sorgearbeit zuständig sind, führt zu einer Überlastung von Frauen. Diese Zuständigkeit ist laut Maria Neuhaus keine überwindbare Hürde auf dem Weg des gesellschaftlichen Fortschritts, sondern Teil einer sich durch kapitalistische Verhältnisse stets reproduzierenden hierarchischen Geschlechterordnung. Für die Abschaf-



fung von Geschlechterverhältnissen brauche es demnach einen radikalen Feminismus, der »auf die Wurzeln zielend« die gesellschaftlichen (Re-)Produktionsbedingungen in den Blick nimmt.

*Hanna Poddig* nimmt in ihrem Text, basierend auf Erfahrungen und Analysen aus der Umwelt- und Klimagerechtigkeitsbewegung, eine kreisende Begriffsbestimmung radikaler politischer Praxis vor. Das strategische Übertreten von Gesetzen, auch mit militanten Aktionen, ist für sie wichtiger Bestandteil radikaler politischer Praxis. Deutlich wird aber auch, dass sich Radikalität nicht in Aktionsformen oder im szenetypischen Auftreten erschöpft, sondern aus einer Vielfalt von Aspekten zusammensetzt. Im Zentrum stehen für Hanna Poddig Ehrlichkeit und eine klare, unbequeme Haltung: Sie fordert, eine ehrliche Bewegung solle tun, was sie sagt, und sagen, was sie tut. Als unbequem betrachtet sie eine klare, unversöhnliche Haltung gegenüber dem Staat und der bürgerlichen Gesellschaft sowie eine inhaltliche Fundierung. Pointiert zeigt sie auf, wie je nach Zusammenspiel dieser Faktoren auch unspektakuläre Aktionsformen wie das Verteilen von Flyern Ausdruck radikaler Praxis sein können. Einige ihrer Überlegungen, u.a. die Frage, wie sich Radikalität mithilfe solidarischer Strukturen verstetigen lässt, werden später im Text von Markus Beinbauer und Karl Meyerbeer aufgegriffen. Darüber hinaus beschäftigt sie sich mit den Fallstricken und Spaltungspotenzialen in der der Umwelt- und Klimagerechtigkeitsbewegung und betont die zentrale Rolle, die radikale Akteur\*innen innerhalb dieser Bewegungen einnehmen.

Dass es auch gute Gründe gibt, der von Hanna Poddig eingeforderten Ehrlichkeit in der Kommunikation nach außen Grenzen zu setzen, zeigen *Rosa und Dino*, wenn sie im Interview darüber sprechen, was Repression ist und welche Ziele sie verfolgt. Dass die dadurch erfolgende Abschreckung und Einschüchterung Deradikalisierung bewirkt, stellen auch sie heraus. Repression ist – so beschreiben sie – eine Reaktion des Staates auf das Infragestellen seines Gewaltmonopols, lässt sich aber, so wie sie ausgeübt wird, nicht erschöpfend daraus erklären. Das wird deutlich am rassistischen und sozialchauvinistischen Charakter von Repression. Repression hat außerdem eine politische Motivation hinsichtlich der Frage, wer wie schwer verfolgt und bestraft wird. Die Losung »Betroffen sind Einzelne, gemeint sind wir alle« stellt eben das heraus: dass Repression nicht (nur) einzelne Gesetzesverstöße ahndet, sondern (auch präventiv und abschreckend) gezielt gegen linke Organisationen und Bewegungen im Gesamten vorgeht, wenn diese

die bestehende Ordnung infrage stellen – und das auch da, wo deren Praxis ohne spektakuläre Aktionsform auskommt.

Eine Politik, die ganz ohne Spektakel eine klare und unversöhnliche Haltung zum bürgerlichen Staat zum Ausdruck bringt, diskutiert auch *Melanie Hochstedt* in ihrem Text: Es geht um das Verhindern von Abschiebungen durch das Verstecken von Geflüchteten. Die theoretische Erkenntnis von Ernst Lohoff – dass man sich auf die zivilisierende Funktion des bürgerlichen Staates nicht verlassen kann – wird hier unmittelbar und erfahrungsgesättigt klar. Der Kampf gegen Abschiebungen geschieht beim Netzwerk Soli-Asyl auf Basis gemeinsamer Organisation von Geflüchteten und weißen Deutschen, eine Zusammensetzung, die sich für Melanie Hochstedt auch aus der aktuellen Schwäche selbstorganisierter Geflüchtetenkämpfe in Thüringen ergibt. Die im Text genannten Voraussetzungen für das Gelingen dieser Praxis sind ähnlich wie die, die auch bei Hanna Poddig diskutiert werden: verbindliche und kontinuierliche Selbstorganisation, finanzielle Unabhängigkeit, eine klare Haltung sowie die Bereitschaft zu Selbstreflexion und -veränderung im Prozess. Als ›radikale Solidarität‹ wird die Praxis bezeichnet, die Exekution von Gesetzen, die das Leben von Menschen in Gefahr bringen und zur Aufrechterhaltung imperialer und kapitalistischer Verhältnisse globaler sozialer Ungleichheit dienen, zu verhindern. Auch die Widersprüche, die dabei auftauchen, werden im Text diskutiert. So ist es vor dem Hintergrund sehr ungleicher Ausgangsvoraussetzungen nicht leicht, auf Augenhöhe zu agieren: Unterschiedliche (materielle) Ressourcen und Sicherheiten beeinflussen, wer sich wie umfangreich und in Konsequenz auch maßgebend einbringen kann. Nur wenn es gelingt, aus diesen Differenzen neue, solidarische Beziehungsformen zu entwickeln, stärkt das die Bewegung – womit schon der Lebensbereich angesprochen ist, um den es im vierten und letzten Teil des Sammelbands geht: der Alltag.

## Radikalität im Alltag

Der vierte Teil stellt die Frage nach dem Stellenwert von Radikalität im Alltag. Wer im Alltag radikal sein möchte, bewegt sich in Widersprüchen, die nur gesellschaftlich aufgehoben werden können. Die Vorschläge, die hier diskutiert werden, bewegen sich zwischen (kollektiver) Selbstveränderung, neoliberaler Selbstoptimierung und Sturheit, zwischen Klarheit und Pragmatismus. Jede Alltagspraxis geschieht vor dem Hintergrund des

Wissens um die hohe integrative Kraft des Kapitalismus, dem es gelungen ist, so viele progressive Ansätze zu vereinnahmen. Das soll angesichts der Dringlichkeit der Frage nach Veränderung nicht darauf hinauslaufen, dann eben nicht zu versuchen, Radikalität auch im Alltag zu leben. Das heißt aber auch, sich stets nicht nur die Frage zu stellen, wo Anpassung statt Radikalität gelebt wird, sondern auch zu fragen, wo vermeintlich bessere Formen des Zusammenlebens repressiv werden. Der letzte Teil bezieht sich damit am stärksten auf die Frage nach veränderten Beziehungsweisen, mit denen auch die Thesen enden. Radikalität wird hier stärker als in den anderen Teilen aus einer subjektiven Perspektive verhandelt.

Der erste Text dieses Teils diskutiert den Alltag politischer Kämpfe im Feld Antirassismus und schließt damit gut an den vorherigen an. *Philipp Millius* diskutiert ebenfalls die Frage, wie sich unter sehr ungleichen Ausgangsvoraussetzungen Begegnungen auf Augenhöhe herstellen lassen, das zentrale Thema seines Textes ist aber der Umgang mit der in der Situation angelegten ständigen subjektiven Überforderung in dieser Lage. Der Autor hat vor diesem Hintergrund eine Depression entwickelt und schreibt den Text entlang von Notizen aus einem Klinikaufenthalt. Die Fragestellung, die sich durch den Text zieht, ist: Wie können wir unter Bedingungen der Ungleichheit und Erschöpfung füreinander da sein? Philipp Millius schlägt vor, die erschöpften Genoss\*innen »weiter [zu] nerven«, um Isolation und Verzweiflung nicht überhand nehmen zu lassen. Eine genaue Bestimmung (die Antwort auf die naive Frage: Wie geht denn das?) kann natürlich nicht erfolgen – die Verweise auf Empathie, Sensibilität, offene Kommunikation und ständige Reflexion machen deutlich, dass die Gefahr neoliberaler Selbstoptimierung hier in der Luft liegt. Trotzdem ist die Forderung, die Sorge umeinander in die alltäglichen politischen Beziehungen zu holen, eine Antwort auf die Frage nach radikaler Subjektivität und Verbundenheit, die schon in den Thesen auftaucht und hier wieder aufgegriffen wird.

Abschließend umreißen *Markus Beinbauer* und *Karl Meyerbeer* ausgehend von den eigenen Biografien, was nötig ist, um auch mit Gicht und Altersdiabetes radikal zu bleiben. Als bedeutsam dafür, nicht dem (materiellen und ideellen) Normdruck nachzugeben, zeigen sich hier verlässliche Strukturen im Alltag und ein politisches Umfeld. Aber auch gesellschaftliche Großtrends scheinen eine Rolle zu spielen, wie der Vergleich der für viele relativ abgesicherten Jahre am Ende der BRD und der unsicheren Verhältnisse in den 2000er-Jahren zeigt. Der Text schließt ebenfalls an Themen aus

den Thesen an, nicht zuletzt an die Frage, wie Haltung entsteht und wie sich Rahmenbedingungen schaffen lassen, um auch entsprechend zu handeln.

## **Leerstellen und »Wie weiter?«**

Die Frage der Militanz wird in verschiedenen Texten behandelt. Hannah Poddig fordert eine Haltung, bei der man sich nicht vom bürgerlichen Staat die Formen politischer Auseinandersetzungen vorschreiben lässt, Melanie Hochstedt beschreibt eine Form politischer Praxis, die das Grenzregime unabhängig von Fragen der Legalität angreift, indem das Netzwerk Soli-Asyl versucht, Abschiebungen zu verhindern. Bei Julika Bürgin kommt die Frage implizit vor, da sie kritisiert, wie das Paradigma der Extremismusprävention darauf abzielt, politische Auseinandersetzungen auf den Rahmen des derzeit politisch Legitimen engzuführen. Die Frage, welche Rolle dabei Gewalt spielt, wird nicht explizit verhandelt – abgesehen davon, dass staatliche Gewalt bei vielen Beiträgen eine relevante Rahmenbedingung darstellt. Diese Leerstelle hat vielleicht etwas damit zu tun, dass Militanz innerhalb der radikalen Linken gerade keine große Rolle spielt und noch viel seltener außerhalb von Nischenpublikationen überhaupt darüber diskutiert wird. Das ist gewiss auch ein Effekt erfolgreicher Deradikalisierungs- und Integrationsprozesse. Polemisch gesagt: Das Milieu, das vor 30 Jahren überlegt hat, welche Verhältnisse man zerschlagen, wo man mal wieder was kaputt machen müsste, stellt heute einen Projektantrag oder gibt Sammelbände heraus.

Der letzte Text des Sammelbandes endet mit dem Befund, dass wir angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Situation nicht drumherum kommen, radikale Theorie und Praxis zu entwickeln, zu leben und nach Möglichkeiten der Verallgemeinerung zu suchen. Wir stimmen dem Befund zu und hoffen, mit dem Sammelband einige Wegweiser für die weitere Suche danach geben zu können.

Die Herausgeber\*innen